Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.



الجمعية الألمانية الفلسطينية

DPG-Rundbrief – Mai I 2020

Liebe DPG-Mitglieder, liebe Leserin, lieber Leser,

Apartheidsentwicklung in Israel - plötzlich ist das kein Tabuthema mehr

Eine erstaunliche Entwicklung. Wenn jemand in Deutschland aus der Soli-Bewegung darüber sprach, dass sich Israel zunehmend zu einem eindeutigen Apartheidstaat entwickelt, wurde man von der Lobby der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzungspolitik als Antisemit beschimpft und verfolgt. Jetzt beschließen 25 EU-Staaten heftige Proteste und der Luxemburgische Außenminister formuliert in seltener Klarheit "alles andere als eine Zweistaaten-Lösung endet in einem Apartheidstaat", zig ehemalige israelische Minister und Abgeordnete warnen offen in der HAARETZ mit Namen vor der Entwicklung zum Apartheidstaat, zig ehemalige europäische Ministerpräsidenten und Minister desgleichen, wie auch viele andere Organisationen weltweit. Man darf gespannt sein, welche Wirkung das alles hat, denn seit Jahrzehnten ignoriert Israel, unterstützt aktuell von der Trump Regierung in den USA, alle Beschlüsse und Resolutionen der UN u.a. Organisationen in der Welt. Immerhin kann man sich fürderhin in seinen Vorträgen und Schriften auf die Vielzahl derer berufen, die plötzlich die Realitäten der Entwicklung in Israel klar benennen. Zur Kenntnis ein Eindruck aus unserem kleinen Nachbarland: eine klare Sprache!

Mit den besten Grüßen. Bleibt gesund. Detlef Griesche, DPG-Vizepräsident

72 Jahre NAKBA - Kundgebung mit Wirkung der Regionalgruppe Hamburg



Am 15. Mai (Tag der NAKBA) veranstalteten Mitglieder der DPG, der DPFV, der Palästinensischen Gemeinde Hamburg eine genehmigte Kundgebung wegen der Corona-Pandemie erlaubten 25 Teilnehmern. 5 Reden, die sehr gut ankamen, wurden gehalten, viele Menschen blieben stehen und klatschten Beifall. Besonders der Bezug zu Trumps unsäglichem "Friedensplan" stieß auf Interesse und Kritik. Wegen der Abstandsregelung konnten weder kurze Gespräche geführt, noch Flugblätter verteilen verteilt werden.

Eva und Dieter Lehmann waren sehr überrascht, dass trotz der Corona-Krise und der vielen anderen Probleme ein so großes Interesse an der Palästinaproblematik bestand.

Im Gegensatz zu Deutschland können arme Länder ihrer Bevölkerung aufgrund der erschwerten Bedingungen durch die Corona-Pandemie kaum helfen. Die Palästinenser/innen im besetzten Palästina und vor allem im Gazastreifen sind besonders betroffen. Die DPG hat die nicht ausgegebenen Mittel durch den Ausfall der Jahrestagung an notleidende und besonders bedürftige Palästinenser/innen zur Verfügung gestellt. Auf die lobenswerte Initiative von unserem Mitglied **Prof. Heiner Schmitz**, der seit vielen Jahren in den besetzten Gebieten aktiv helfend und unterstützend wirkt, möchten wir besonders aufmerksam machen.

"Medizinische Beinprothese für einen Hirten"

Suleiman Rahayla ist Beduine und lebt mit seiner Familie in der Nähe von Jericho, im von Israel besetzten nördlichen Jordantal. Vor zwei Jahren an einem Morgen war Suleiman mit seinen Ziegen unterwegs und musste eine Straße überqueren. Hierbei kam es mit drei vorbeifahrenden bewaffneten Siedlern zu einer heftigen verbalen Auseinandersetzung, die damit endete, dass

einer der Siedler seine Pistole zog und Suleiman ins Bein schoss. Man ließ ihn einfach mit der schweren Wunde auf der Straße liegen. Sein Bruder, der auch nicht weit weg seine Tiere hütete, kam zu Hilfe, aber es war für ihn nicht leicht, für seinen Bruder schnell ärztliche Hilfe zu bekommen. In Jericho war man nicht in der Lage, Suleiman mit seinem schwer verletzten Bein zu helfen. Als er endlich am Nachmittag in Jerusalem in ein Hospital eingeliefert wurde, war sein Bein nicht mehr zu retten und musste amputiert werden.

Es gab nie ein Verfahren gegen diese israelischen Siedler. Durch diesen schrecklichen Vorfall hat sich zwangsläufig Suleimans Leben komplett verändert. Nicht nur sein Bein hat er verloren, auch seine Tiere musste er verkaufen, um die hohen Arztkosten zu bezahlen. Seinen spärlichen Lebensunterhalt für sich und seine fünfköpfige Familie versucht er seitdem mit einer kleinen Verkaufsbude am Straßenrand zu erwirtschaften.

Unsere Palästina-Gruppe in Mülheim/Duisburg möchte ihm gerne helfen, die 6.000 EUR zu sammeln, damit ihm eine Prothese angepasst und sein Lebenswunsch erfüllt werden kann, wieder als Hirte arbeiten zu können. Als Beduine ist für ihn die Arbeit mit Tieren sein Leben. Wir wollen ihn aus seiner trostlosen Situation befreien und starten deshalb diesen Spendenaufruf.





Bitte unterstützen Sie unser kleines Hilfsprojekt, damit Suleiman möglichst bald wieder ein würdiges Leben als Beduine führen kann.

Spendenkonto

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10 Stichwort – Prothese für Suleiman

Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre volle Anschrift an, damit wir in der Lage sind, Ihnen eine Spendenquittung zukommen zu lassen

Asselborn-Initiative / Gemeinsame Erklärung: 25 EU-Staaten stemmen sich gegen Israels Annexionspläne

Bis auf Ungarn und Österreich machen alle mit. Bei einer Videokonferenz haben sich 25 EU-Außenminister bereit erklärt, eine von Jean Asselborn und seinem irischen Amtskollegen Simon Coveney ausgearbeitete Erklärung mitzutragen. Die EU-Staaten stellen sich darin gegen Israels Annexionspläne des Westjordantales und fordern ein Festhalten an der Zwei-Staaten-Lösung. Die Außenminister der EU-Staaten haben am Freitagnachmittag in einer Videokonferenz über die jüngsten Entwicklungen im Nahost-Konflikt beraten. Thema bei den Gesprächen waren vor allem die Absichten von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu, Siedlungen und das Jordantal im Westjordanland zu annektieren.

Das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen – insbesondere aus Sicht des Luxemburger Außenministers Jean Asselborn, der seit Monaten alles in die diplomatische Waagschale wirft, um eine Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel zu verhindern. 25 der 27 EU-Staaten haben sich nach den Videogesprächen auf ein Statement geeinigt, das sich gegen eine solche Annexion richtet und weiterhin eine Zwei-Staaten-Lösung fordert. "Dass 25 Staaten da mitmachen, hat meine Vorstellungen bei weitem übertroffen", sagte Asselborn am Freitagnachmittag gegenüber dem Tageblatt.

https://www.tageblatt.lu/headlines/gemeinsame-erklaerung-25-eu-staaten-stemmen-sich-gegen-israels-annexionsplaene/https://www.tageblatt.lu/headlines/gemeinsame-erklaerung-25-eu-staaten-stemmen-sich-gegen-israels-annexionsplaene/